افغانستان آزاد ــ آزاد افغانستان AA-AA

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

Aus: Ausgabe vom 25.08.2017, Seite 1 / Titel

Von Reinhard Lauterbach

26.08.2017

Aufrüsten gegen Moskau

Ukraine begeht Nationalfeiertag. US-Verteidigungsminister Mattis »prüft« weitere Waffenlieferungen für Kiew. Neue Feuerpause im Donbass



Militärparade zum Jahrestag der Unabhängigkeit der Ukraine am Donnerstag in Kiew

Foto: Gleb Garanich/REUTERS

Die Konfliktparteien im Donbass haben in Minsk einen neuen Waffenstillstand vereinbart. Die Feuerpause soll ab dem heutigen Freitag gelten und hat das offizielle Ziel, den

Kindern auf beiden Seiten der Front einen »friedlichen Schulanfang« zu gewährleisten. Die Ferien waren nicht ganz so unbeschwert, beide Seiten beschuldigen sich weiterhin ständiger Verletzungen bestehender Waffenruhen. Die international nicht anerkannte »Volksrepublik Donezk« (VRD) zum Beispiel meldete am Donnerstag morgen allein für den Vortag 33 Fälle von Beschuss durch die ukrainische Seite. Eine Dorfbewohnerin sei VRD durch Splitter verletzt worden. Der Beauftragte der fiir die Waffenstillstandsverhandlungen, Denis Puschilin, wies darauf hin, dass erst am letzten Wochenende ein Feuerwehrmann aus Donezk, der einen durch Beschuss ausgelösten Brand gelöscht habe, von der ukrainischen Seite gezielt unter Feuer genommen worden sei. Umgekehrt beschwerte sich Kiew über 18 »feindliche Angriffe« auf Stellungen der ukrainischen Armee innerhalb der letzten 24 Stunden.

Ob die neue Waffenruhe stabiler ist als das ungefähre Dutzend ihrer Vorgängerinnen, ist vorab schwer zu beurteilen. Die neue Vereinbarung entstand offenbar auf politischen Druck der vier Unterzeichnerstaaten des Minsker Abkommens – der Ukraine, Russlands, Frankreichs und Deutschlands. Ausgehandelt wurde sie aber - was westliche Nachrichtenagenturen nicht meldeten – von der in Minsk tagenden »Kontaktgruppe« aus Vertretern Kiews und der Republiken. Die »Außenministerin« der VR Donezk, Natalia Nikonorowa, warf der Ukraine vor, die Verhandlungen über eine politische Lösung des Konflikts gezielt zu verschleppen. Derzeit bestehe die reale Gefahr, dass das vor zwei Jahren von der Ukraine unter heftigen Protesten von Nationalisten verabschiedete Gesetz über den »besonderen Status einiger Rajons der Gebiete Donezk und Lugansk« im Oktober auslaufe und damit die politische Grundlage für weitere Verhandlungen entfalle. Wenn es dazu kommen sollte, dürfte das Kiewer Regime damit das geringste Problem haben. Es empfing am Donnerstag zur Parade anlässlich des Unabhängigkeitstages US-Verteidigungsminister James Mattis. Gastgeber und Besucher übertrafen sich in antirussischer Rhetorik. Präsident Petro Poroschenko sprach von Russland als dem »Reich des Bösen«, vor dem die Ukraine nun endlich in Sicherheit sei. Mattis erklärte, die USA würden sich nie damit abfinden, dass Russland die Krim »annektiert« habe. Washington wisse, dass Russland darauf aus sei, aktuelle Grenzen zu verändern. Er kündigte eine »Prüfung« ukrainischer Wünsche nach zusätzlichen Waffenlieferungen an, so von Panzerabwehrraketen des Typs Javelin. Eine Entscheidung von US-Präsident Donald Trump steht noch aus, auf ihn wird jedoch innenpolitisch Druck ausgeübt, nicht »nachgiebig« gegenüber Moskau zu sein.

Seit 2014 haben die USA Kiew bereits Militärgerät im Wert von rund 750 Millionen Dollar geliefert. Bisher waren das in erster Linie Fernmeldeausrüstung, Radar und Nachtsichtgeräte sowie Ausbildungshilfen. Mit dieser Modernisierung und dem Training der ukrainischen Armee wollen die USA nach den Worten von Mattis fortfahren.

Kurz nach der Militärparade explodierte im Kiewer Regierungsviertel eine Sprengladung. Nach Berichten wurden zwei Personen verletzt. Eine Sprecherin des ukrainischen Staatsschutzes machte »Hooligans « dafür verantwortlich.